

Selbsthilfe und demographischer Wandel – Erkenntnisse aus der Sicht der Zivilgesellschaftsforschung

Demographischer Wandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Demographischer Wandel verändert die Gesellschaften nicht erst in der Gegenwart, sondern er ist ständig vorhanden. Insofern ist seine Bewältigung eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die stets ansteht, aber jeweils unterschiedliche Schwerpunkte und Akzente setzt. Die aus früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten demographischen Verwerfungen infolge von Kriegen, Krankheiten, Hungersnöten oder Bevölkerungswanderungen aus religiösen und wirtschaftlichen Gründen gehören ebenso zum demographischen Wandel wie die Senkung der Sterblichkeit und Erhöhung der Lebenserwartung auf der Grundlage des medizinischen Fortschritts und der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen. Insofern reichen Ereignisse, die den demographischen Wandel auslösten und gestalteten oft weit in die Geschichte zurück. Ob die Nachwirkungen des 30-jährigen Kriegs, die Auswanderungswelle der Deutschen im 17. und 18. Jahrhundert nach Amerika oder die jüngsten Migrationsströme nach Europa und besonders nach Deutschland – es handelt sich zumeist um Ereignisse, die in ihren demographischen Wirkungen nicht kurzfristig zu steuern und zu beeinflussen sind und waren. Für den demographischen Wandel spielt eine wichtige Rolle, dass die Menschen sich schon immer ums Überleben bemühten und an einem besseren Leben orientierten, sich entsprechend verhalten und dabei häufig in anderen Ländern oder Orten nach einem neuen Leben oder guten Auskommen für sich und ihre Familien suchen.

Der gegenwärtige demographische Wandel in Deutschland ist vor allem mit einem gestiegenen Wohlstand verbunden. Um nur einige Aspekte zu nennen, die den Wandel aktuell kennzeichnen:

- Die Menschen werden auf Grund einer besseren Ernährung, eines gewachsenen Gesundheitsbewusstseins und einer ausgebauten medizinischen Versorgung älter.
- Es werden weniger Kinder geboren, unter anderem um individuell stärker am materiellen Wohlstand teilhaben zu können.
- Die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung ändert sich – der Anteil der Älteren steigt, der Anteil der Jüngeren sinkt.
- Die großen Städte gewinnen an Bewohner/innen und die Besiedlungsdichte der ländlichen Gebiete wird geringer.
- In der Bevölkerung gewinnen andere Formen des Zusammenlebens an Bedeutung. Der Anteil der Alleinlebenden nimmt stark zu.

- Deutschland ist als friedliches und reiches Land ein bevorzugtes Ziel für Migration. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund wächst an.

Der demographische Wandel zeigt sich insofern als sehr komplex und vielschichtig, denn die Veränderungen sind mit unterschiedlichen Entwicklungen verbunden – zum Teil mit erfreulichen Entwicklungen, aber auch mit der Verstärkung und Neuentstehung von Problemlagen. Auf sie zu reagieren und erforderliche Umgestaltungen vorzunehmen ist schwierig. Die Einflüsse von Politik auf den demographischen Wandel sind begrenzt und nur langfristig zu realisieren. Da die Folgen des demographischen Wandels die gesamte Gesellschaft treffen, muss sich die Gesellschaft auch insgesamt damit beschäftigen. Der Zivilgesellschaft, in der die Selbsthilfebewegung ein wichtiger Teil ist, hat hier einen besonderen Stellenwert. Für die Selbsthilfe kommt es gegenwärtig darauf an zu analysieren, was sich im Rahmen des demographischen Wandels vollzieht, wie auf die spürbaren Veränderungen eingegangen werden kann und welche Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden sind. Ganz klar ist in dieser Hinsicht festzuhalten, es sind nicht unbedingt neue und völlig andere Aufgaben, die sich stellen. Durch den demographischen Wandel stellen sich aber bestimmte Aufgaben oft mit einem höheren Gewicht, in einer größeren Schärfe und Dringlichkeit. Diese sind in der Selbsthilfe als Ganzes, aber nicht zuletzt bis in die Selbsthilfegruppen zu spüren.

Wie sieht der gegenwärtige demographische Wandel aus?

In der Demographie, als spezieller Wissenschaftsrichtung, wird der demographische Wandel als Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung gefasst und auf deren Grundlage künftige Entwicklungen vorausgesagt. Im Mittelpunkt stehen vor allem folgende Veränderungen:

- die Geburten- und Sterbefallentwicklung
- die Altersstruktur der Bevölkerung
- das quantitative Verhältnis von Männern und Frauen
- die Beschäftigungsentwicklung
- die Anteile von Inländern, Ausländern und Eingebürgerten
- die Zuzüge und Fortzüge
- die Besiedlungsdichte.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der aktuellen demographischen Entwicklung gehört, dass sich die Altersstruktur in Deutschland stark verändert. Seit 1972 ist die Sterberate (Mortalität) höher als die Geburtenrate. Dadurch verliert die Bundesrepublik Deutschland insgesamt an Bevölkerung (vgl. Tabelle 1).

Demographischer Wandel in Deutschland – Rückgang der Bevölkerung [in Tausend]				
Jahr	Bevölkerungszahl	Geburten	Sterbefälle	Differenz
1950	69.346	1.117	748	+368
1960	73.147	1.262	877	+385
1970	78.069	1.048	976	+72
1980	78.397	866	952	-87
1990	79.753	906	921	-16
2000	82.260	767	839	-72
2010	81.752	678	859	-181
2014	81.198	715	868	-153

Tabelle 1 Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2016

Lag die Bevölkerungszahl im Jahr 1950 (Ost- und Westdeutschland zusammen) bei 69,4 Millionen Personen, so stieg sie bis zur Jahrtausendwende auf 82,3 Millionen und fällt seitdem kontinuierlich. Während sie 2014 noch 81,2 Millionen umfasste, wird sie den Bevölkerungsprognosen nach im Jahr 2050 nur noch bei 76,1 Millionen Personen liegen (vgl. Tabelle 2). Dabei wird durch die höhere Lebenserwartung der Menschen und die gleichzeitig rückläufige Geburtenrate der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil Jüngerer steigen.

Demographischer Wandel – Veränderung der Bevölkerungsstruktur [in Millionen]				
Jahr	Bevölkerungszahl	Im Ausbildungs- alter	Im Erwerbs- alter (20-66)	Im Rentenalter (67 und älter)
2014	81,2	8,5	49,4	17,3
2030	80,9	7,5	47,4	19,2
2050	76,1	7,0	42,6	21,2

Tabelle 2 Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2016

Insofern werden im Jahr 2050 gegenüber 2014 fast vier Millionen Personen mehr im Rentenalter, hingegen fast sieben Millionen weniger im Erwerbsalter und 1,5 Millionen weniger im Ausbildungsalter in Deutschland leben. Die Rate von Zuzügen durch Migration ist zwar in den letzten zwei Jahrzehnten ständig gefallen, führt jedoch weiterhin zu einem Bevölkerungszuwachs.

Dies nicht zuletzt durch den sprunghaften Anstieg seit 2016. Nach der 2011 eingeführten Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt für Arbeitnehmer/innen aus den neu zur Europäischen Union hinzugekommenen Staaten wird von den Demographen jährlich ein positiver Wanderungssaldo zwischen 100.000 und 200.000 Menschen erwartet. Die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Personen sind im Durchschnitt jünger als die fortziehenden. Daraus ergibt sich für die in Deutschland verbleibende Bevölkerung ein ‚Verjüngungseffekt‘, der aber die Alterung der Gesamtbevölkerung insgesamt nicht aufhalten kann. Im Jahr 2014 hatten 16,4 Millionen Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund, waren also entweder Ausländer, Eingebürgerte oder hatten zumindest einen Elternteil, auf den das zutraf. Diese Personen machen heute gut ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus. Doch neben der Zuwanderung erfolgt ebenfalls eine Auswanderung in einem nicht geringen Umfang. Unabhängig von der Staatsbürgerschaft sind beispielsweise im Jahre 2009 aus Deutschland 734.000 Menschen ausgewandert. Im gleichen Zeitraum sind 721.000 nach Deutschland migriert. Davon hatten 606.000 nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

Die demographischen Prozesse sind außerdem durch eine gewisse Landflucht und eine starke Hinwendung zu den Städten gekennzeichnet. Der Trend zur Wanderung aus den ländlichen Gebieten in urbane Zentren, der in Ostdeutschland bereits seit 25 Jahren und besonders bei jungen Menschen zu verzeichnen war, ist jetzt in ganz Deutschland festzustellen. Er führt zu einem kontinuierlichen Bevölkerungsverlust der ländlichen Räume. Verantwortlich sind dafür verschiedene Ursachen. So entstehen Wanderungsverluste, da Abwanderungen nicht mehr wie früher durch höhere Kinderzahlen in ländlichen Räumen ausgeglichen werden. Die Abwanderung der Jüngeren lässt sich vor allem damit erklären, dass Arbeitsplätze eher in den Städten und Ballungsgebieten bestehen oder entstehen. Hier befindet sich eine größere Anzahl von Unternehmen, Behörden, Forschungseinrichtungen und anderen Möglichkeiten zur Beschäftigungsaufnahme. Infolge des Wegzugs junger Menschen und der daraus resultierenden geringeren Bevölkerungsdichte haben sich die infrastrukturellen Versorgungsbedingungen in den ländlichen Räumen deutlich verschlechtert. Geschäfte und Schulen schließen, die ärztliche Versorgung reduziert sich durch die Schließung von Arztpraxen und die Angebote des Nahverkehrs nehmen ab. Das führt dazu, dass weitere Personen wegziehen. Gerade für den Wegzug von Familien mit Kindern und Jugendlichen ist bedeutsam, dass Bildung einen immer stärkeren Stellenwert erhält. Auch junge Menschen aus ländlichen Regionen streben nach der Schule zu einer Ausbildung oder einem Studium, die vor allem in größeren Städten möglich sind. Gleichzeitig sind viele Städte attraktiver geworden – das betrifft nicht nur das Vorhandensein von Arbeitsplätzen und Bildungseinrichtungen, sondern zugleich die Wohnsituation, die Kinderbetreuung, die kulturelle Infrastruktur und andere Freizeitmöglichkeiten.

Demographischer Wandel – Folgen für die Zivilgesellschaft

Bislang hat sich die Zivilgesellschaft insgesamt nur unzureichend auf den demographischen Wandel und seine Folgen eingestellt. Das hängt sicherlich damit zusammen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen eher im Hier und Jetzt agieren, sie aufgrund ihrer ständigen unsicheren finanziellen Situation kaum einen Blick weit in die Zukunft richten. In einer größeren Befragung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die wir 2011/2012 durchführten¹, sahen 67 Prozent der befragten Vereine die fehlende Planungssicherheit als sehr starkes beziehungsweise starkes Problem an. Gleichzeitig klagten 68 Prozent über eine Überalterung und 62 Prozent über ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl.

Gerade die skizzierten demographischen Entwicklungen erfordern von den zivilgesellschaftlichen Organisationen – und das betrifft die Selbsthilfeorganisationen in einem ebensolchen Maße – eine mittel- bis langfristige Perspektive einzunehmen. Infolge der geringeren Bevölkerungsdichte ist künftig mit einer geringeren Organisationsdichte zu rechnen. So wird die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht mehr in dem Maße steigen wie bisher und es ist zu erwarten, dass sie sogar rückläufig ist. Die Tätigkeit der Organisationen wird zudem komplizierter, da einerseits Geschäftsstellen oder die Veranstaltungen der Organisationen im ländlichen Raum mit öffentlichen Verkehrsmitteln schwerer erreichbar werden und eine größere individuelle Mobilität erfordern. Selbst bei Neugründungen, die gerade in der Selbsthilfe auf der Grundlage neu entstehender Problemlagen einen hohen Stellenwert haben, wird es schwieriger ‚Mindestgrößen‘ für Organisationsgründungen, das heißt genügend Mitglieder und Engagierte, zu finden sowie die Funktionen in den Organisationen zu besetzen. Insofern wird ein Trend zu kleinen und individuell organisierten Gruppen einsetzen, der veränderte Struktur- und Tätigkeitsformen mit sich bringen muss. Die Fragen wie eine optimale Organisationslandschaft unter den veränderten Bedingungen aussehen kann und wie die Organisationsarbeit künftig zu gestalten ist, kann bisher kaum jemand beantworten.

Allein die nähere Betrachtung der Engagementbeteiligung weist auf künftige Problemlagen hin. Zwar weist der Freiwilligensurvey 2014 aus, dass sich 43,6 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahre engagieren², gleichwohl resultiert eine damit weitere Steigerung des Engagements wohl eher aus einer Erweiterung des Engagementbegriffs und anderen methodischen Vorgehensweisen als in den vorherigen Erhebungen. Gerade aus der Organisationspraxis werden immer wieder Stimmen laut, die darüber klagen, dass es immer schwieriger wird, Engagierte zu gewinnen und dass es besonders schwer fällt, die ehrenamtlichen Funktionen in den Organisationen zu besetzen. So gaben nur 20 Prozent der von uns befragten Vereine an, dass sie keine Probleme haben, ehrenamtlich Engagierte zu finden, 85 Prozent der Vereine fällt es nach ihren Angaben schwer, Leitungs- und Aufsichtsgremien zu besetzen und bei 76 Pro-

zent wird es schwerer, Jugendliche für Leitungs- und Gremientätigkeiten zu gewinnen³. Unter den skizzierten demographischen Entwicklungen ist ein Szenarium nicht unwahrscheinlich, dass die Engagemntbeteiligung nicht weiter ansteigt. Selbst mit weniger Engagierten sowie Strukturveränderungen des Engagements und der Engagierten ist zu rechnen. Mit Sicherheit wird der Anteil junger Engagierter zurückgehen und der Anteil älterer Engagierter ansteigen. Letzteres nicht nur, weil die Anzahl älterer Engagierter zunimmt, sondern die Menschen immer älter werden und länger gesund leben. Zunehmen wird auch der Anteil von Frauen und von Personen mit Migrationshintergrund im Engagement. Gleichzeitig, das zeigen verschiedene Untersuchungen, nimmt der Zeitaufwand, den Engagierte einsetzen, ab und die Engagemnttätigkeit erfolgt nicht mehr so regelmäßig, sondern eher sporadisch. Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen entstehen durch diese Entwicklungen Lücken im Engagement. Die Frage, wie diese Lücken zu schließen sind und inwiefern eine Anpassung der Tätigkeit an die veränderten Engagementstrukturen erfolgen kann, werden bislang kaum in Betracht gezogen.

Doch nicht nur im Engagement ist künftig mit Problemen zu rechnen. In zivilgesellschaftlichen Organisationen ist außerdem verstärkt mit einem Fachkräftemangel bei den hauptamtlich Beschäftigten zu rechnen. Im Wettbewerb um Fachkräfte sind zivilgesellschaftliche Organisationen allgemein nicht gut aufgestellt. Da bereits gegenwärtig weniger Fachkräfte verfügbar sind, schlagen ein geringer Verdienst, aber auch schlechte Arbeitsbedingungen, hohe Belastungen, sowie eine weit verbreitete Befristung, Teilzeit und fehlende Qualifizierungs- und Aufstiegschancen langfristig negativ zu Buche⁴. Die gegenwärtigen Vorzüge der Beschäftigung in den Organisationen, die in einer intrinsischen Motivation sowie relativ günstigen Bedingungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie liegen, tragen zwar gegenwärtig noch, werden aber bald nicht mehr ausreichen, um gutes Personal zu binden. Insofern sind Überlegungen und praktische Schritte notwendig, wie attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und die Arbeitsbelastungen zu begrenzen sind.

Die demographischen Entwicklungen werden nicht zuletzt in der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen spürbar sein. Weniger Mitglieder können zu geringeren finanziellen Mitteln führen – die Beträge aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und mitgliederbezogenen Zuwendungen werden abnehmen, der Zugang zu öffentlichen Mitteln wird auf Grundlage von mehr Wettbewerb der Organisationen schwieriger und Projektfinanzierungen erhalten einen höheren Stellenwert. Gleichzeitig wird der Finanzbedarf der Organisationen durch einen steigenden Leistungsbedarf und höhere Qualitätsansprüche größer. Wie der Finanzbedarf künftig zu sichern ist, ob und welche neue Finanzierungsquellen zu erschließen sind, ist eine Grundsatzfrage für die künftige Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Auf welche Selbsthilfe trifft der demographische Wandel?

Während einerseits die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen einschließlich jener der Selbsthilfe unter den demographischen Entwicklungen nicht unbedingt günstiger werden, steigt gleichzeitig der Bedarf an deren Leistungen an. Für die Selbsthilfe bedeutet die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung sich auf eine Zunahme an gesundheitlichen und sozialen Problemlagen einzustellen. Es lässt sich unter anderem ein verstärkter Beratungs- und Unterstützungsbedarf prognostizieren. Gleichzeitig steigt der Drang nach selbstorganisierter und selbstbestimmter ‚Problembearbeitung‘. Auf der Organisationsebene erfordert die Ausdünnung der Siedlungsdichte noch stärker die lokale Ebene in den Blick zu nehmen, das heißt lokale Organisationen beziehungsweise entsprechende Strukturen sind eine wichtige Grundlage, um den künftigen Anforderungen zu entsprechen. Dabei geht es um die Schaffung effektiver Strukturen, die in einem besonderen Maße den sich verändernden Bedingungen gerecht werden müssen.

Strukturell ist die Selbsthilfe bislang nicht schlecht aufgestellt. Sie kann organisatorisch mit ihren circa 100.000 Selbsthilfegruppen auf eine starke lokale Verankerung verweisen. Über 300 Selbsthilfeorganisationen agieren auf der Bundesebene, es bestehen über 300 Selbsthilfekontaktstellen. Die Selbsthilfe befasst sich mit über 1.200 Einzelthemen (von A1-PI-Mangel bis Zystitis) und kann bislang auf circa 3,5 Millionen Engagierte verweisen. Allerdings sind kaum nähere Angaben zu den Engagierten vorhanden. Aus den Ergebnissen der SHILD-Untersuchung⁵ liegen zumindest Angaben zu den Gruppensprecherinnen und -sprechern vor. Danach beträgt der Frauenanteil 55 Prozent, der Anteil der über 60-Jährigen liegt bei 49 Prozent, was auf die Gefahr einer Überalterung verweist. Von den Gruppensprecherinnen und -sprechern sind 28 Prozent berufstätig. Der persönliche Zeitaufwand für ihr Engagement liegt bei 7,5 Stunden pro Woche. Das deutet auf eine hohe Belastung hin, die sich unter anderem auch dahingehend äußert, dass hinsichtlich der Aufgabenteilung in der Selbsthilfegruppe 21 Prozent der Befragten die Auffassung vertritt: „Ich mache (fast) alles selbst.“

Die SHILD-Untersuchung kommt auf der Grundlage der durchgeführten Analysen für die nächste Zeit zu folgenden Zielstellungen der Selbsthilfegruppen. Nach außen gerichtete Ziele:

- Mehr jüngere Teilnehmer/innen gewinnen,
- Öffentlichkeitsarbeit intensivieren (Aufklärung, Information, Erhöhung Bekanntheitsgrad)
- Kooperationen / Vernetzungen mit Fachleuten und Versorgungseinrichtungen auf- und ausbauen
- Mehr Einflussnahme auf die Gesetzgebung.
- Nach innen gerichtete Ziele:
 - Stärkung der Selbsthilfegruppenarbeit
 - Qualifizierung und Aktivierung der Mitglieder

- Zusammenhalt stärken, Isolation entgegenwirken
- Psychosoziale Unterstützung und Hilfe bieten.

Als wichtige Schlussfolgerung wird hervorgehoben, dass die zunehmende Alterung und der Generationswechsel eine große Herausforderung für die Selbsthilfe sind. Die klassische Selbsthilfe wird nach den SHILD-Ergebnissen allein keine Zukunft mehr haben. Entsprechend sind Veränderungen rechtzeitig in Angriff zu nehmen und zukunftssträchtige Strategien zu entwickeln. Zu berücksichtigen ist, dass mit dem anstehenden Generationswechsel durchaus Generationskonflikte einhergehen. Um sie zu minimieren, ist der Generationswechsel rechtzeitig und systematisch vorzunehmen. Das stellt auf der Ebene der Selbsthilfegruppen hohe Anforderungen. Um die Wirksamkeit der zukünftigen Selbsthilfeaktivitäten zu sichern, müssen stärker die Angehörigen der Betroffenen sowie bisher kaum an der Selbsthilfe partizipierende Gruppen (z. B. Migrant*innen) in den Blick genommen werden. Dabei ist besonders Offenheit für Menschen mit anderen Nationalitäten erforderlich. Die Selbsthilfeorganisationen müssen sich dabei stärker auf die Durchführung zielgruppenspezifischer Angebote einstellen. Das Internet wird für die Selbsthilfe immer relevanter werden. Neuartige Kommunikationsmittel und soziale Netzwerke ermöglichen es, sich themenspezifisch zusammenzufinden, um gemeinsame Interessen zu diskutieren und gegebenenfalls nach außen zu vertreten. Wolfgang Thiel und Jutta Hundertmark-Mayser⁶ sehen vor der Selbsthilfe folgende Herausforderungen stehen:

- Die Selbsthilfe ist auf lokaler Ebene (Standort- und Flächenverteilung) weiterzuentwickeln.
- Es ist eine angemessene Reichweite und Erreichbarkeit zu sichern.
- Es ist mit einem Aufgabenzuwachs und Veränderungen des Aufgabenspektrums (Komplexität, Versorgungsangebote) zu rechnen.
- Es bestehen zunehmend Kooperationserfordernisse.
- Die Mitsprachemöglichkeiten in der Selbsthilfe sind zu erweitern.
- Die Selbsthilfekontaktstellen sind zu stärken (personell, Aufgaben, Wirksamkeit).

Insofern sind die Aufgaben, die sich aus dem demographischen Wandel für die Selbsthilfe ergeben, bereits klar bestimmt. Es gilt allerdings das Instrumentarium zur Realisierung und Umsetzung der einzelnen Positionen stärker zu entwickeln.

Fazit

Als Schlussfolgerung für die Ausgestaltung der Selbsthilfe auf die Anforderungen aus dem demographischen Wandel lässt sich festhalten, dass der Wandel gestaltbar ist. Obwohl die Selbsthilfe die Entwicklungen im Blick hat, muss sie weitere Anstrengungen unternehmen, um die Prozesse angemessen zu gestalten. Die anstehenden Aufgaben zeichnen sich recht deutlich ab und

auch, was künftig zu ihrer Bewältigung zu tun ist. Von besonderer Bedeutung ist, der Überalterung rechtzeitig zu begegnen und den anstehenden Generationswechsel in Angriff zu nehmen. Dies erfordert allerdings neue Überlegungen, welche Schritte und Maßnahmen sich hier als wirksam und nachhaltig erweisen. Dem Selbstlauf sollte hier nichts überlassen werden. Die Selbsthilfe muss sich für die Zukunft auf einen stärkeren Zuspruch und steigende Bedarfe vorbereiten. Um die zusätzlichen Anforderungen unter den Bedingungen der demographischen Entwicklungen zu bewältigen, sind verstärkt Kooperationen und Einbindungen in andere Bereiche der Zivilgesellschaft anzustreben. Nicht zuletzt sind die sich vollziehenden Veränderungen weiter analytisch zu verfolgen. Das bedeutet einen Ausbau der Forschung als Daueraufgabe speziell im Bereich der Selbsthilfe und Überlegungen zu ihrer institutionellen Absicherung.

Anmerkungen

- 1 Die Organisationsbefragung „Organisationen heute – zwischen eigenen Ansprüchen und ökonomischen Herausforderungen“ ist eine 2011/2012 deutschlandweit unter Vorständen und Geschäftsführer/innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführte Erhebung. Ziel der Untersuchung war es, für aktuelle Entwicklungen und Problemlagen in den Organisationen eine fundierte Datengrundlage zu schaffen. Insgesamt beteiligten sich 3.111 Organisationen (Vereine, gGmbHs, Genossenschaften und Stiftungen).
- 2 Simonson, Julia / Vogel, Claudia / Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin 2016
- 3 vgl. Priller, Eckhard / Alscher, Mareike / Droß, Patrick J. / Paul, Franziska / Poldrack, Clemens J. / Schmeißer, Claudia / Waitkus, Nora: Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen. Ergebnisse einer Organisationsbefragung. WZB Discussion Paper, SPIV 2012-402, 2012, Internet: <http://www.wzb.eu/de/publikationen/discussion-paper/>
- 4 vgl. Priller, Eckhard / Schmeißer, Claudia: Die Beschäftigungssituation in Dritte-Sektor-Organisationen. Das Sozialwesen im Vergleich. In: Sozialer Fortschritt, Heft 8-9, 2013, S. 227-234
- 5 Projekt „Gesundheitsbezogene Selbsthilfe in Deutschland – Entwicklungen, Wirkungen, Perspektiven (SHILD)“, 2012-2017, Internet: <https://www.uke.de/extern/shild/>
- 6 Thiel, Wolfgang / Hundertmark-Mayser, Jutta: Selbsthilfeunterstützungseinrichtungen in Deutschland: Fachliche und institutionelle Bedarfe zur weiteren Entwicklung eines wirkungsvollen Angebotes. In: Kofahl et al.: Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in Deutschland. Münster 2016, S. 329-341

Literatur

- Kofahl, Christopher / Schulz-Nieswandt, Frank / Dierks, Marie-Luise (Hrsg.): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in Deutschland. Münster 2016
- Statistisches Bundesamt (Destatis) / WZB (Hrsg.): Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2016

Dr. sc. Eckhard Priller ist Ökonom und Soziologe, Lehrbeauftragter an mehreren Hochschulen und wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft.